

Von der russischen zur britischen Besetzung der Steiermark

Berichte des amerikanischen Geheimdienstes OSS aus dem Jahre 1945

Von Siegfried Beer



Eine umfassende Darstellung der Gründungsphase der Zweiten Republik in den Ländern erscheint, als ein aus den Quellenbeständen der öffentlich verwalteten Archive Österreichs zu erarbeitendes Thema, noch auf geraume Zeit erschwert, wenn nicht überhaupt unmöglich. Der Zeithistoriker findet sich einerseits von Archivbenützungsbeschränkungen behindert, die mit zunehmender Distanz zu den Ereignissen immer fragwürdiger werden, andererseits aber sind die offiziellen österreichischen Aktenmaterialien für die unmittelbare Nachkriegszeit ohnedies sehr mager. Als für unsere Fragestellung umso bedeutender sind daher die seit Jahren der Forschung eröffneten Archive der westlichen, insbesondere der anglo-amerikanischen Besatzungsmächte einzustufen, die gerade in der frühen Okkupationsphase einen ausgezeichneten Überblick über die Zustände im Lande und über die Problembereiche der anstehenden Rekonstruktion Österreichs hatten.¹ So liegen im britischen Public Record Office in Kew, am Stadtrand Londons, und im US-Nationalarchiv in Washington D. C. voluminöse, teilweise noch ungeordnete Aktenbestände, die insbesondere über die durch Besetzung und Fremdbestimmung geprägte, insgesamt noch sehr chaotische Aufbauphase der 2. Republik Österreich einigen Aufschluß zu geben vermögen.² Es kann nicht verwundern, daß es im Bereiche der regionalwissenschaftlichen Studien zum Jahre 1945 in Österreich noch wesentliche Forschungslücken gibt, gerade auch über die Entwicklung in der Steiermark.³

¹ Großbritannien, die USA und Frankreich haben eine durchaus unterschiedlich gehandhabte, jedoch im wesentlichen fixe 30-Jahre-Sperre. Freilich können die Bestände dieser Archive von Einzelforschern nur unter großem finanziellen und zeitlichen Aufwand eingesehen werden. Ich bin dem American Council of Learned Societies in New York für die Gewährung eines halbjährigen Forschungsstipendiums in Washington D. C. im Sommersemester 1984 sehr zu Dank verpflichtet. Auch die Steiermärkische Landesregierung hat diesen Forschungsaufenthalt in großzügiger Weise finanziell unterstützt.

² Es laufen derzeit gesamtösterreichische Bemühungen analog dem deutschen OMGUS-Projekt, die Aktenbestände des amerikanischen Besatzungselementes, die in der Modern Military Field Branch des US-Nationalarchivs in Suitland, MD, betreut werden, der österreichischen Geschichtsforschung in Kopienform zugänglich zu machen.

³ Vgl. die dazu jüngst erschienene Sammelrezension von Oliver Rathkolb, Literatur- und Forschungsbericht über das „Kriegsende 1945“ am Beispiel ausgewählter bundesdeutscher und österreichischer Publikationen. In: Zeitgeschichte 12/1985, S. 176–186. Die britische Besatzungspolitik in Kärnten und in der Steiermark erscheint bisher nur ansatzweise aufgearbeitet. Zu nennen wären die von den Engländern schon früh vorgelegte Kurzdokumentation Military Government Styria. Colonel A. C. Wilkinson, Graz 1946, und die ebenfalls schon ältere, jedoch immer noch brauchbare Hausarbeit von Gudrun Schmid-Wurglits, Die Anfänge der Zweiten Republik in der Steiermark, Wien 1964, die entsprechenden Steiermark-Kapitel bei Manfred Rauchensteiner, Der Sonderfall. Die Besatzungszeit in Österreich 1945 bis 1955, Wien 1979; die vor kurzem abgeschlossene Habilitationsschrift Stefan Karners, Die Steiermark im „Dritten Reich“ 1938–1945. Unter besonderer Berücksichtigung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, Graz 1985, S. 403–449, sowie der jüngst erschienene populärwissenschaftlich orientierte Begleitband zur erfolgreichen ORF-Serie, Hugo Portisch — Sepp Riff,

Bekanntlich ist der Großteil der Steiermark zunächst von der Roten Armee befreit, besetzt und verwaltet worden, ehe am 24. Juli — dem alliierten Zonenabkommen vom 9. Juli 1945 gemäß — die Übergabe der Steiermark durch die russische an die britische Besatzungsmacht erfolgte. Die Amerikaner waren in Oberösterreich und Salzburg, aber auch im steirischen Ausseerland und bis ins Ennstal einmarschiert, verstanden es aber, nicht zuletzt durch ihre diversen nachrichtendienstlichen Abteilungen, gerade im ersten Besatzungsjahr sich genaue Informationen über die politische, soziale und ökonomische Entwicklung auch in den Zonen der alliierten Partner zu verschaffen. So kam es, daß auch über die Verhältnisse in der Steiermark, insbesondere über die Phase des Übergangs von der sowjetischen zur britischen Kontrolle, den amerikanischen Militärregierungsstellen in Salzburg, Linz und Wien mehrere Berichte des amerikanischen Geheimdienstes Office of Strategic Services (OSS) zugehen, die insgesamt ein sehr lebendiges, durchaus subjektives Bild dieser turbulenten Nachkriegsphase in der Provinz zeichnen. Sie werden im folgenden in Auswahl und deutscher Übersetzung erstmals veröffentlicht.⁴

Das Amt für strategische Dienste (OSS), im Juni 1942 von Präsident Franklin D. Roosevelt durch eine Exekutivorder begründet, war zwar nicht die einzige, jedoch mit zunehmender Kriegsdauer die eindeutig wichtigste geheim- und nachrichtendienstliche US-Behörde im 2. Weltkrieg.⁵ OSS war ab Dezember 1942 direkt dem Vereinten Generalstab, dem Joint Chiefs of Staff (JCS), unterstellt und verfügte durch seinen langjährigen Direktor William J. Donovan auch über unmittelbaren Zugang zum Präsidenten.⁶ Dem Amt für strategische Dienste oblagen in erster Linie Planung, Koordinierung und Durchführung des militärischen Programms der psychologischen Kriegsführung. Darüber hinaus zählten zu seinen zentralen Aufgaben Spionage und Konterspionage, Sabotage und Subversion, Kontaktnahme mit Widerstands-

Österreich II. Die Wiedergeburt unseres Staates, Wien 1985, S. 256—285. Vorausblickend sei noch die seit langem erwartete, auf britischem Aktenmaterial basierende Dissertation des englischen Historikers Robert Knight über die britische Besatzungspolitik in Österreich 1945—1955 genannt. Wenigstens zu Teilbereichen der amerikanischen Besatzungspolitik in Österreich liegen bereits mehrere fundierte Einzelstudien sowie rezente, wesentlich über die offizielle Aktenedition *Foreign Relations of the United States (FRUS)* hinausgehende Dokumentensammlungen vor. Vgl. dazu Alfred Hiller, *Amerikanische Medien- und Schulpolitik in Österreich (1945—1950)*, phil. Diss., Wien 1974; Oliver Rathkolb, *Politische Propaganda der amerikanischen Besatzungsmacht in Österreich 1945—1950. Ein Beitrag zur Geschichte des kalten Krieges in der Presse-, Kultur- und Rundfunkpolitik*, phil. Diss., Wien 1981; *Understanding Austria. The Political Reports and Analyses of Martin F. Herz. Political Officer of the US-Legation in Vienna, 1945—1948*, ed. Reinhold Wagnleitner, Salzburg 1984, sowie die demnächst erscheinende kommentierte Edition *Gesellschaft und Politik am Beginn der Zweiten Republik. Vertrauliche Berichte der US-Besatzungsmacht aus Österreich 1945*, ed. Oliver Rathkolb, Wien 1985.

⁴ Vgl. ergänzend dazu auch Siegfried Beer, *Zur Situation der Steiermark im Jahre 1945. Zwei Berichte des amerikanischen Geheimdienstes OSS bzw. SSU über Besatzung und Universitätsleben in den ersten Nachkriegsmonaten*. In: *Informationen für Geschichtslehrer* 6/1985, S. 14—26.

⁵ Zu OSS allgemein vgl. Harris R. Smith, *OSS. The Secret History of America's First Central Intelligence Agency*, Berkeley 1972; *The Secret War Report of the OSS*, ed. A. C. Brown, New York 1976; Thomas F. Troy, *Donovan and the CIA. A History of the Establishment of the CIA*, Frederick 1981, und Bradley F. Smith, *The Shadow Warriors. OSS and the Origins of the CIA*, New York 1983.

⁶ Zur schillernden und OSS weitgehend prägenden Persönlichkeit Donovans siehe Richard Dunlop, *Donovan. America's Master Spy*, Chicago 1982, und Anthony C. Brown, *The Last Hero. Wild Bill Donovan*, New York 1983.

gruppen, generelle und insbesondere auch materielle Unterstützung der Guerilla sowie Penetration feindlichen Territoriums.⁷ Seine im wesentlichen Ende 1943 ausgereifte organisatorische Grundstruktur spiegelt die Funktionsvielfalt deutlich wider. OSS war in die Geheimnachrichten sammelnde Abteilung *Secret Intelligence (SI)*, in die informationsverarbeitende Abteilung *Research and Analysis (R&A)*, die Spionageabwehrsektion *Counterintelligence (X—2)*, die für „schwarze“ Propaganda zuständige Abteilung *Morale Operations (MO)* und die für Sabotage, geheime Kommandounternehmen und subversive Einsätze zuständige Abteilung *Special Operations (SO)* untergliedert.

Auf das auch militär-strategisch relevante Territorium „Österreich“ und speziell auf den Gau Steiermark bezogen ging es OSS ab 1942/43 zunächst um Beschaffung jedweder „intelligence“, die der Kriegführung und Niederringung des Nationalsozialismus dienlich sein konnte, so etwa militärisch verwertbare Informationen über den Ausbau des Verkehrsnetzes, der Energieversorgung, über militärische Einrichtungen und Truppentransporte und insbesondere über Produktionszweig und Lage rüstungsindustrieller Unternehmen.⁸ Strategisch umsetzbare Geheiminformationen wurden spätestens ab Jahreswende 1943/44 durch die anglo-amerikanische Flugaufklärung überprüft und direkt für den strategischen Luftkrieg ausgewertet.⁹ OSS machte auch große Anstrengungen, zu authentischen Informationen über Lage und Stimmung in den Alpen- und Donau-Reichsgauen zu kommen.¹⁰ Derartige Berichte sollten Potential und Bereitschaft zu aktivem, aber auch zu passivem

⁷ Vgl. dazu Thomas Koch, *Der amerikanische Geheimdienst OSS (Office of Strategic Services) und die Widerstandsbewegungen*. In: *Geheimdienste und Widerstandsbewegungen im 2. Weltkrieg*, ed. G. Schulz, Göttingen 1982, S. 79—104; Jürgen Heideking, *Amerikanische Geheimdienste und Widerstandsbewegungen im Zweiten Weltkrieg*, in: *Partisanen und Volkskrieg. Zur Revolutionierung des Krieges im 20. Jahrhundert*, ed. G. Schulz, Göttingen 1985, S. 147—177, sowie spezifisch zu Österreich Siegfried Beer, *Alliierte Planung, Propaganda und Penetration 1943—1945. Die künftigen Besatzungsmächte und das wiederzuerrichtende Österreich, von der Moskauer Deklaration bis zur Befreiung*. In: *Das Burgenland im Jahr 1945*, ed. St. Karner, Eisenstadt 1985, S. 67—88.

⁸ So liegen im OSS-Archiv z. B. detaillierte Berichte über die steirische Stromversorgung, über die verkehrstechnische Infrastruktur der Steiermark, über rüstungsindustrielle Unternehmen wie Steyr-Daimler-Puch oder auch über die Lage der Konzentrations- und Arbeitslager im Gau Steiermark auf.

⁹ Zur anglo-amerikanischen Aufklärung im 2. Weltkrieg vgl. vor allem Ursula Powys-Lybbe, *The Eye of Intelligence*, London 1983, und Roy M. Stanley, *World War II Photo Intelligence*, New York 1981. Zur amerikanischen Aufklärungstätigkeit über Graz vgl. exemplarisch Siegfried Beer, *Der strategische Luftkrieg der westlichen Alliierten gegen Graz*, 25. Februar 1944 bis 2. April 1945, in: *Historisches Jahrbuch der Stadt Graz* 16/1985 (im Druck).

¹⁰ Ein frühes Beispiel war der über die amerikanische Botschaft in Stockholm für OSS zugänglich gemachte Stimmungsbericht einer jungen Schwedin, Gudrun Lindblad, die 1943 neun Monate hauptsächlich im südlichen Österreich verbrachte und für die Stockholmer Tageszeitung „*Allehanda*“ am 16. Jänner 1944 einen mehrseitigen Bericht mit dem Titel „Steiermark — Land des Schmerzes. Berlin versteht die Österreicher nicht“ schrieb. OSS-Bericht XL 65874, NA, RG 226. Auch durch Interviews mit steirischen Emigranten und Exilanten in den USA, meist durch die OSS-Abteilung *Foreign Nationalities (FN)* und mit Kriegsgefangenen aus der Steiermark gingen den amerikanischen Militärbehörden wichtige strukturelle und personelle Informationen zu. Vgl. etwa den fünfseitigen Hintergrundbericht zu sozialer und politischer Entwicklung in der Steiermark im 20. Jahrhundert durch Joseph Bunzel aus Pittsburgh, OSS-Bericht 70173, ebd., die Charakterisierung Alois Dienstleders durch den ehemaligen Grazer Physik- und Chemieprofessor Dr. Alfred Lonsing aus Palm Beach, OSS-Bericht 132025, ebd., oder das von dem kriegsgefangenen ehemaligen Gewerkschaftsjugendfunktionär Ernst Taurer gegebene politische Stimmungsbild der Steiermark vom 21. September 1944. OSS-Bericht XL 1710, ebd.

Widerstand gegen das NS-Regime ausloten. Weiters ging es um die moralische und wenn möglich materielle Unterstützung österreichischer Widerstandsgruppen, auch wenn die Militärs aus Sorge um eine mögliche Alpenfestung die Bewaffnung des österreichischen Untergrundes ablehnten.¹¹

In der Schlußphase des Krieges begann OSS vom Stützpunkt Bari/Caserta aus eine Reihe von Infiltrationsoperationen in das Deutsche Reich, für die großteils freiwillige österreichische Kriegsgefangene herangezogen wurden.¹² Die in der Regel durch Fallschirmabsprung eingeschleusten Agenten hatten zunächst die Aufgabe, zu Widerstandszellen oder zu alliierten Kriegsgefangenen Kontakt aufzunehmen, den alliierten Kontrollstellen über Funk geheimdienstliche Informationen zukommen zu lassen oder später, insbesondere in den letzten Kriegswochen, zukünftiges Frontgebiet zu erkunden bzw. für eine möglichst widerstandslose Übergabe an die alliierten Truppen vorzubereiten. Schon anfangs 1945 wurden von der deutsch-österreichischen Sektion in Bari/Caserta Spezialeinheiten für die amerikanische Besatzungszone in Österreich ausgebildet, die dann in den ersten Tagen nach der Kapitulation in ihr Hauptquartier in Salzburg bzw. in die Stützpunkte Klagenfurt, Innsbruck, Linz und Zell am See einzogen.¹³ Das Stadtteam für Wien konnte erst im Laufe des Juli 1945 seine Tätigkeit in der österreichischen Hauptstadt aufnehmen.¹⁴

Das Hauptgewicht der geheimdienstlichen Tätigkeit in den ersten Friedenswochen lag neben routinemäßiger Informationsbeschaffung und der Jagd nach höherrangigen, nazistischen Funktionären und Kriegsverbrechern insbesondere in der Erstellung von Berichten und Analysen über die allgemeine Lage im alliiert-besetzten Österreich. Die im folgenden publizierten Berichte über die Vorgänge und Entwicklungen in der Steiermark wurden von Mitgliedern der Abteilungen SI und R&A erstellt, die oft nur kurzfristig in die Besatzungszonen der alliierten Verbündeten entsandt wurden, dort jedoch relativ schnellen Zugang zu aussagebereiten und in der Regel verlässlichen Informationsträgern fanden. Trotz mancher interpretatorischer Fehleinschätzungen und gelegentlicher Mißinformationen im Detail bieten diese Berichte, die, als „geheim“ oder „vertraulich“ klassifiziert, führenden Offizieren und Beamten der Militärregierung routinemäßig zuzingen, einen unmittelbaren, wenn auch oft nur impressionistischen Einblick in die politische und sozio-ökonomische Umbruchsituation dieser Wochen.

¹¹ Immerhin wurden auch nach Österreich 74 amerikanische Nachschubflüge zur Unterstützung österreichischer Widerstandsgruppen geflogen, von denen 43 erfolgreich verliefen. Es wurden dabei über 40 Tonnen Versorgungsgüter abgeworfen. Darüber hinaus wurden von der OSS-Abteilung Special Operations Mediterranean (SOM) 76 Agenten per Fallschirm über Österreich abgesetzt. Vgl. Special Operations: AAF Aid. European Resistance Movements 1943–1945 (= USAF Historical Study Nr. 121, Manhattan, Kansas 1947), S. 231.

¹² Vgl. dazu allgemein Joseph E. Persico, Geheime Reichssache. Der US-Geheimdienst im Untergrundkampf gegen die deutsche Kriegsführung, Wien 1979. Auch Steirer beteiligten sich mitunter daran. Siehe Siegfried Beer, Der Agent „Ernest Cole“. Über die Tätigkeit der alliierten Geheimdienste in Österreich 1944/45 oder die denkwürdige Story des OSS-Agenten Emmerich K. alias „Ernest Cole“ aus Graz-Lend, in: Steirische Berichte 3/1985, S. 16–20.

¹³ Auch die militärische Spionageabwehr CIC errichtete mehrere Stützpunkte in Österreich, darunter auch die Unterabteilung A in Graz. Vgl. die armeeinterne Studie „Occupation of Austria and Italy“, Baltimore 1959, die als Bd. XXV der History of Counter Intelligence Corps, NA, RG 319, erschienen ist.

¹⁴ Zur relativ kurzen Tätigkeit von OSS-Austria vgl. die Memoiren seines Kommandanten Charles W. Thayer, Hands across the Caviar, Philadelphia 1952, S. 177–224.

Der Kriegsgeheimdienst OSS wurde Ende September 1945 vom neuen Präsidenten der USA, Harry S. Truman, aufgelöst; seine Abteilungen SI und R&A wurden jedoch in geheimdienstlichen Rumpfeinheiten, die dem War bzw. dem State Department unterstellt wurden, weitergeführt, ehe im Juli 1947 die noch heute tätige Nachfolgeorganisation Central Intelligence Agency (CIA) begründet wurde.¹⁵ Das am ideologischen Schnittpunkt zwischen Ost und West gelegene Österreich sollte gerade in der nun folgenden Ära des kalten Krieges ein bevorzugtes Betätigungsfeld der mit völlig neuen Aufgaben betrauten alliierten Geheimdienste bleiben.¹⁶

1.

OSS-Bericht 139 624¹⁷

22. Juni 1945

Land: Österreich

Gegenstand: Zustände in der russisch besetzten Steiermark

1. Hintergrund [...]

2. Besatzungstruppen. [...] Die sowjetischen Truppen der 57. und 26. Armee unter Marschall Koniev rückten nach der Kapitulation auf zwei Hauptrouten über Bruck und Graz vor. Zunächst besetzten auch bulgarische Truppen die südwestliche Steiermark (um Deutschlandsberg). Diese Verbände wurden anfangs Juni durch Soldaten der jugoslawischen 3. Armee ersetzt. Drei jugoslawische Divisionen (die 45., 36. und 14.) befinden sich derzeit noch in dieser Region und sollen unter russischem Oberbefehl stehen. Der russische Einfluß in dieser Gegend ist jedenfalls stark und das Verwaltungssystem unterscheidet sich kaum von dem im russisch besetzten Teil der Steiermark.

3. Fraternisierung. Es wurden keine Befehle gegen Fraternisierung an die russischen Truppen ausgegeben. Plünderungen waren weit verbreitet. Vergewaltigungen waren in den ersten Besatzungstagen gang und gäbe, die Berichte darüber aber waren einigermaßen übertrieben.

Öffentliche Unterhaltungsstätten stehen Russen und Österreichern in gleicher Weise offen; es wurde auch eine Liga zur Förderung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Russen und Österreichern eingerichtet.

4. Regierung. Am 8. Mai wurde in der Steiermark eine Provisorische Landesregierung unter der Führung des Sozialisten Reinhold Machold formiert. Im Gegensatz zur Kärntner Regierung des Dr. Pietsch, welche in ein beratendes Komitee verwandelt wurde, hat die Regierung Machold ihre ursprüngliche Bezeichnung behalten und gibt Verordnungen und Instruktionen aus, die jedoch dem Vetorecht der russischen Befehlshaber unterworfen sind. Man wird berechtigterweise annehmen können, daß die Regierung, außer bei unbedeutenden Entscheidungen, ein Instrument der russischen Politik ist. Die Landesregierung des Herrn Machold hat kein offizielles Verhältnis zur Provisorischen Regierung des Dr. Renner in Wien, wenngleich die Mitglieder beider Regierungen ziemlich enge Kontakte miteinander pflegen.

5. Verwaltung. Ohne Zweifel verlassen sich die Russen im Bereich der Landesverwaltung viel stärker als wir auf die Österreicher. Das hat wahrscheinlich zwei Gründe:

a) Die Russen haben jedenfalls in der Steiermark keine mit unserer Militärregierung vergleichbare Organisation. Die Befehlshaber militärischer Einheiten geben die Befehle aus, die über österreichische Stellen an die Bevölkerung weitergeleitet werden.

¹⁵ So wurde das letzte der hier vorgelegten Dokumente nicht mehr von OSS, sondern von der dem War Department unterstellten Strategic Services Unit (SSU) verfaßt.

¹⁶ Vgl. dazu insbesondere die für den britischen Geheimdienst SOE im Tätigkeitsbereich Steiermark erlassene Instruktion „SOE Activity in the British Zone of Austria“ vom 22. November 1945, verbatim zitiert bei David Stafford, Britain and European Resistance 1940–1945. A Survey of Special Operations Executive, with Documents, Toronto 1980, S. 258f.

¹⁷ Auch die folgenden Berichte stammen aus dem OSS-Archiv in Washington, National Archives (NA), Record Group (RG) 226.

b) Die Russen haben es österreichischen Kommunisten erlaubt, sich politisch-administrativer Funktionen zu bemächtigen, und zwar nicht nur um Nazis aufzuspüren, sondern auch zur politischen Arbeit.

Folgendes wurde jüngst aus erster Hand dazu berichtet:

„Gegenwärtig sieht die Situation so aus. Die militärischen Befehlshaber sind zugleich für die Besatzungsdistrikte zuständig. In größeren Städten wie Graz werden sie durch zusätzliches Personal unterstützt (z. B. für politische Untersuchungen, Zensur etc.). Die provisorische Regierung und die neuen Bürgermeister machen die Verwaltungsarbeit. Sie haben die lokalen Radiostationen und Zeitungen zu ihrer Verfügung und können die für ihre administrative Tätigkeit nötigen Einrichtungen schaffen. Drei Typen von Autorität werden ausgeübt: erstens die direkte russische Entscheidungsgewalt in militärischen Belangen und in Bereichen von direktem russischem Interesse (z. B. nächtliche Ausgangssperre, Einquartierungen, Demontage etc.); zweitens Befehlsgewalt, die von den Russen ausgeht, jedoch von Russen und Österreichern gemeinsam ausgeübt wird (z. B. Verfolgung von Nazis, zivile Ordnung, Zugverkehr etc.), und drittens Autorität, die direkt von österreichischen Behörden ausgeht (wie öffentliche Dienste, Wohnungs- und Ernährungswesen, Parteien und Gewerkschaften, Unterhaltung etc.). Diese dritte Kategorie von administrativer Gewalt muß jedoch den Vorstellungen des russischen Kommandanten entsprechen, der jede Verordnung gutheißen, aber auch beeinträchtigen kann.“

6. Politische Parteien. Es existieren drei politische Parteien in der Steiermark. [...] Die Volkspartei soll die zahlenmäßig stärkste Partei sein, obwohl die beiden anderen Parteien die Mehrheit der Amtsträger stellen. Parteiarmbänder oder andere Parteiabzeichen sind verboten. Rot-weiß-rote Armbänder werden allerdings wahllos getragen.

Die Parteien sind dichter organisiert als in Kärnten und haben bereits mit Erziehungs- und Trainingsprogrammen für ihre Mitglieder begonnen. Alle drei Parteien sind im Begriffe, ihre Jugendorganisationen wiederzubeleben. Es sind dies für die Sozialisten die „Roten Falken“, „Rote Jungfalken“ und „Kinderfreunde“; für die Kommunisten die „Freie Jugend“ und für die Volkspartei die Organisation „Jung Österreich“.

7. Entnazifizierung. Sie ist zum größten Teil in den Händen der österreichischen, antinazistischen Komitees. Wichtige Amtsträger wurden in nicht-militärische Gefängnisse gebracht. Es wurden keine Konzentrationslager dafür eingerichtet. In einem Bericht wird behauptet, daß die Russen die Abstellung von 6000 Nazis als Zwangsarbeiter in Rußland gefordert hätten, und daß 3000 davon von den österreichischen Behörden bereitgestellt wären. Es ist nicht bekannt, ob sie bereits deportiert wurden.

Berichten aus Wien zufolge sind die wichtigsten Nazi-Funktionäre aus ihren Ämtern beseitigt und die illegalen Nazis, also Parteimitglieder aus den Jahren vor 1938, eingesperrt und zu Zwangsarbeit in mit großen Hakenkreuzen versehener Kleidung verurteilt, während andere Parteimitglieder Zwangsarbeit leisten, ohne in Haft zu sein.

8. Entfernung von Maschinen. Die russische Demontagepolitik soll auf eine Unterscheidung zwischen Fabriken, die vor dem Anschluß errichtet wurden und daher unangetastet bzw. erneuert werden sollen, und solchen, die nach dem Anschluß entstanden sind, die abmontiert werden sollen, basieren. Es ist unumstritten, daß ein wirklich großer Anteil des Maschinenparks, inklusive landwirtschaftlicher Geräte, bereits weggebracht wurde. Berichte über die Deportation von Facharbeitern in die UdSSR müssen noch als unbestätigt gewertet werden.

9. Ernährungslage. Die Nahrungssituation ist kritisch. Auf der Rationierungskarten für die Periode 28. Mai bis 24. Juni sind folgende Sätze angegeben:

Brot: 2 $\frac{3}{4}$ Pfund (am 11. Juni von 22 Unzen erhöht)¹⁸

Fleisch: 9 Unzen wöchentlich (nur 5 Unzen tatsächlich erhältlich)

Milch: $\frac{1}{4}$ Liter täglich für Kinder

Fette: $\frac{1}{2}$ Pfund monatlich (selten erhältlich)

Käse: 2 Unzen monatlich

Marmelade: keine

¹⁸ Einer US-Unze entsprechen ca. 31 g.

In Berichten aus verschiedensten Quellen wird übereinstimmend argumentiert, daß diese Mangelsituation in eine Hungersnot umkippen könnte, wenn nicht bald Nahrungsmittel in das Land gebracht werden. Das Ernährungsamt der steirischen Landwirtschaftskammer schätzt, daß die bestehenden Vorräte an Getreide und Mehl bis Mitte Juli aufgebraucht sein werden und obwohl es heuer ein gutes Getreidejahr geben soll, wird die Ernte wegen der Zerstörung der Kulturen, des Landarbeitermangels und der Demontage von landwirtschaftlichen Maschinen wahrscheinlich klein sein.

Das Fleischangebot erscheint momentan adäquat, aber der Abtransport von Herdenvieh und der Mangel an Futtermitteln werden im Winter höchstwahrscheinlich große Versorgungsschwierigkeiten beschieren. Das Milchangebot wird dann völlig unzureichend sein. Es gibt zudem Berichte über einen Ausbruch von Maul- und Klauenseuche.

10. Öffentliche Dienste in Graz.

Eisenbahn: in Betrieb, ein bis zwei Personenzüge täglich in jede Richtung, jedoch viele Züge in östlicher Richtung, über die requirierte Güter abtransportiert werden. In jedem Fall ist eine russische Transportgenehmigung notwendig.

Straßenbahn: Betrieb wie vor der Kapitulation; die bombardierte Linie nach Wetzelsdorf ist wieder offen.

Busse: wie vor V-Day

Post: funktioniert nur sporadisch

Müllabfuhr: nicht existent, wie vor Kapitulation; Müll und Schutt werden durch Zivilisten beseitigt

Polizei: Polizei und Gendarmerie wurden nach der alten Polizeistruktur wiedererrichtet; 40 Prozent der Polizisten wurden entlassen und durch frühere politische Häftlinge ersetzt. Die Polizei trägt alte Polizeiuniform, die Gendarmerie wurde mit neuen Uniformen ausgestattet, die denen der ungarischen Armee ähnlich sind. Beide sind unbewaffnet. Die Verkehrspolizei ist russisch, meistens russische Frauen.

Gesundheitswesen: Spitäler sind offen, mitunter wenigstens teilweise requiriert. Ungefähr so viele praktische Ärzte wie vor V-Day. Die Apotheken sind offen, Medikamente jedoch so knapp wie vor Kriegsende. Nerven-, Geschlechtskrankheiten und Frauenkliniken verzeichnen einen etwas stärkeren Zulauf

Feuerwehr: Steht im Einsatz, wenngleich Wagen und Magazine von Plünderungen betroffen sind

Beschränkungen: Ausgehverbot zwischen 21 und 7 Uhr, ziemlich rigoros gehandhabt

Reisen: keine Entfernungsbeschränkungen; für Züge sind russische Bewilligungen notwendig

Presse: eine Tageszeitung, von Österreichern geleitet; Russen steuern oft Artikel bei. Die Russen importieren ihre eigenen Zeitungen

Banken: In Graz haben die folgenden Banken offen: Oesterreichische Nationalbank (früher Deutsche Reichsbank); Creditanstalt; Bank der Vereinigten Sparkassen. Die Auszahlung von Gehältern, Pensionen und Arbeitslosenunterstützung geschieht theoretisch wie früher, erfolgt in der Praxis jedoch nur sporadisch, da die Banken wenig Geld haben.

11. Bildungswesen. Die Volksschulen in Graz wurden am 8. Juni geöffnet. Ländliche Schulen sind großteils noch geschlossen. Die Inskription an der Universität und der Technischen Hochschule in Graz hat eingesetzt. Die antifaschistische steirische Studentenliga durchsiebt die Bewerbungen nach Nazi-Studenten. [...]

2.

OSS-Bericht LS—310

27. Juli 1945

Land: Österreich

Gegenstand: Zustände in der Steiermark zu Beginn der britischen Besetzung

Quelle: R&A

Die folgenden Beobachtungen wurden während einer Reise durch die Steiermark vom 25. und 26. Juli 1945 gemacht, unmittelbar nachdem die Engländer am 24. Juli diese Zone besetzten.

1. Erste Eindrücke: a) Das Schrottplatzbild der Straßen, wo beschädigte Militärfahrzeuge, ihrer Bestandteile entledigt, beliebig abgestellt wurden. b) Es gab keine nicht-militärischen Fahrzeuge, auch nur wenige Fahrräder. Praktisch alle Vehikel wurden abtransportiert, ohne Rücksicht auf Eigentumsfragen. c) Auf den Wiesen war eine große Anzahl von Kühen zu sehen. d) Es gab keine Anzeichen industrieller Tätigkeit oder arbeitender Menschen. e) Es war eine große Zahl attraktiver kommunistischer Parteiplakate zu sehen, die die Befreiung Österreichs der Roten Armee zuschrieben und zur Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei einluden.

2. Zur sowjetischen Besatzungspolitik: es gab kein Anzeichen für eine Militärregierungsstruktur, wie wir sie kennen. Bei der ganzen Reise kam mir nur ein Plakatanschlag der Militärregierung unter. Sollte es allgemeine sowjetische Direktiven geben, so werden sie nicht einheitlich exekutiert. Lokale Militärkommandanten treffen Entscheidungen auf der Stelle nach Bedarf, und ihr Hauptinteresse gilt der Wohlfahrt und Sicherheit ihrer Truppen. Man zeigt wenig Interesse für die Probleme der Österreicher. So gab es z. B. kein Interesse für die Bildung oder Zusammensetzung der Gewerkschaft oder des Betriebsrates der Judenburger Gußstahlwerke. Die stetig sich ändernden Befehle stiften Verwirrung. Judenburg hatte z. B. in der Zeit vom 7. Mai bis zum 21. Juli sieben Kommandanten. Das Verhalten der leitenden Besatzungsorgane und der Truppen erscheint im allgemeinen und lediglich mit Ausnahme der sehr effizient auftretenden Konfiszierungskommission unberechenbar, inkohärent und sogar unverantwortlich.

3. Die Sowjets haben kein Interesse an der Entnazifizierung gezeigt und haben diese Angelegenheit gänzlich in den Händen der österreichischen Polizei gelassen. Der Polizeikommandant in Graz und sein Kommandostab sollen aus ehemaligen Nazis bestehen. Der Herausgeber des Obersteirischen Tagblattes Leoben sprach mit Neid von Berichten über die Entnazifizierungsprogramme in der amerikanischen und in der britischen Zone, wo die Alliierten sich aktiv daran beteiligten. Er erwartet sich eine Verbesserung in dieser Angelegenheit durch die Ankunft der Engländer.

4. Ein erklecklicher Anteil der den Soldaten der Roten Armee zugeschriebenen Plünderungen wurden in Wahrheit von DPs¹⁹ durchgeführt. Plünderungen durch die Armee werden allerdings sehr leicht und nach Laune des befehlührenden Offiziers zur offiziellen Konfiszierung.

5. Die sowjetische Konfiszierungskommission, die von einem Oberst mit einem Stab von 40 qualifizierten Technikern geleitet wird, kam zu den Alpine-Montan-Gußstahlwerken in Judenburg mit einer vorbereiteten Liste von Maschinen, die vor 1938 installiert worden waren. Zwischen 28. Juni und 8. Juli 1945 wurden 75 Maschinen in 92 Lastwaggons abtransportiert. Aus der Zeit vor 1938 wurden nur wenige Einheiten demontiert. Die Russen verwendeten Fabriksbeschäftigte für das Abmontieren der Maschinen und zahlten ihnen hohe Stundenlöhne von 12 Mark für aufsichtführende Ingenieure bis zu 2 Mark für Hilfsarbeiter.

6. Der Übergang von der russischen zur britischen Kontrolle war reibungslos. Es gibt ein einstimmiges Gefühl der Erleichterung, daß die Russen abgezogen sind. Die Einstellung der Bevölkerung gegenüber den Engländern ist freundlich. Sie wurden mit Fahnen begrüßt, und Tausende Menschen hießen sie im Zentrum von Graz willkommen.

7. Eine spezielle britische Direktive für die Steiermark instruiert die Organe der Militärregierung, jede Tätigkeit zu unterlassen, die den britischen Kontrollapparat in einem Vergleich mit dem russischen in ungünstigem Licht erscheinen ließe. An diese Direktive hält man sich genau. Eine der ersten Handlungen der Engländer war die Erhöhung der Brottration von 1200 auf 1400 Gramm wöchentlich wie in Kärnten.

8. Politische Eingriffe sind im allgemeinen auf die Direktive des Hauptquartiers der Alliierten Streitkräfte vom 5. Juli 1945 abgestimmt. Herausstechende Punkte wären: a) Jede Partei muß die Namen und Adressen ihrer Funktionäre bei der Militärregierung vorlegen, inklusive einem formalen Parteiprogramm. b) Private Treffen der Parteimitglieder sind erlaubt. c) Öffentliche Versammlungen bedürfen einer Spezialerlaubnis durch Antrag wenigstens 4 Tage vor dem Treffen. d) Die obigen Bestimmungen können aus Gründen der Sicherheit abgeändert werden.

¹⁹ Displaced Persons.

9. Der erste Schritt der Militärregierung war die Forderung nach dem Rücktritt der Landesregierung und das Verbot einer offiziellen Verbindung zur Regierung Renner. Die Landesregierung hatte diesen Befehl erwartet und hat ihn auch sofort vollzogen.

10. Die Engländer haben Reinhold Machold, den sozialistischen Landeshauptmann, provisorisch und in beratender Funktion wieder in sein Amt eingesetzt und ihn beauftragt, die Erlasse und Anordnungen der Militärregierung bis zur Ernennung einer neuen Landesregierung an die betroffenen Provinzialstellen weiterzuleiten. Machold hat einen guten Eindruck auf die Engländer gemacht. Es ist daran gedacht, ihn wieder als Landeshauptmann einzusetzen, und er wurde gebeten, Namen für eine neue Landesregierung vorzulegen. Die Militärregierung hat mit den Führern der drei Parteien über die neue Regierung beraten: mit dem Sozialisten Fritz Matzner; mit Dr. Alois Dienstleder von der Volkspartei und mit dem Kommunisten Viktor Elser.

11. Die Diskussion konzentriert sich gegenwärtig auf die Frage nach der Sitzverteilung für die verschiedenen Parteien. Die Zuteilung dreier Sitze an alle Parteien wurde angesichts der proportionalen Stärke der Parteien als Überbewertung der Kommunisten empfunden. Folgende Vorschläge wurden vorgelegt: das Hauptquartier der Alliierten Streitkräfte schlägt vier Sitze für die Sozialisten, vier für die Volkspartei und einen Sitz für die Kommunisten vor. Die Volkspartei stimmt diesem Schlüssel zu. Matzner wiederum tritt für vier Sozialisten, drei Volkspartei und zwei Kommunisten ein. Elser wünscht sich natürlich die Beibehaltung des alten 3—3—3-Verhältnisses.

12. Im großen und ganzen fanden die Engländer eine reibungslos funktionierende Verwaltung in der Steiermark vor; sie haben daher keine größeren Veränderungen vorgenommen. Wahrscheinlich werden mehrere Bezirkshauptleute ausgewechselt werden, um bei diesen Posten das Monopol der Linken zu brechen. Die Polizeibehörden sollen noch immer von Nazis durchsetzt sein. Die Schulen, die von den Russen nach Vernichtung der Lehrbücher wieder geöffnet wurden, werden von den Engländern einstweilen geschlossen gehalten.

3.

OSS-Dokument XL 14013 (Linz 155)

4. August 1945

Land: Österreich

Gegenstand: Entnazifizierung in der Steiermark²⁰

Quelle: Rosenthal²¹

Informanten: Führende Mitglieder der drei Parteien und ein Grazer Polizeioffizier

Informationszeitraum: 27. Juli—2. August

A. Allgemeine Bedingungen russischer Besetzung

1. Als die Russen in Graz einzogen, verhafteten sie mehrere hundert Leute in der Stadt. Nach Auskunft eines lokalen Polizeioffiziers gingen die Russen dabei nicht einheitlich oder nach einem bestimmten Konzept vor. Sie nahmen sowohl Nazis als auch Angehörige des Widerstandes und Mitglieder aller drei Parteien gefangen. Diese Leute wurden dem russischen Geheimdienst NKWD übergeben, wo sie überprüft und verhört wurden.²² Ein NKWD-Mitglied hat einem Informanten erzählt, daß alle diese Leute gefangengenommen und kontrolliert wurden, um sich ein Bild von der allgemeinen Situation zu machen. Es waren in Wirklichkeit nur sehr wenige prominente Nazi-Funktionäre in Graz zurückgeblieben, als die Rote Armee hier einmarschierte. Der NKWD hielt etwa 1.000 Leute unter Arrest, hauptsächlich solche, die irgendwann einmal gegen die Rote Armee gekämpft hatten oder im Osten stationiert waren. Von diesen 1000 Leuten sind ca. 500 freigelassen worden, als die Russen Graz verließen; der Rest wurde mitgenommen. Nach Aussage des Informanten

²⁰ Zur Entnazifizierungspolitik der Engländer vgl. Dieter Stiefel, Entnazifizierung in Österreich, Wien 1981 und Robert Knight, Britische Entnazifizierungspolitik 1945—1949. In: Zeitgeschichte 11 (1983/84) S. 287—301.

²¹ Der Deutschamerikaner Alfred Rosenthal hatte im Mai 1945 von der OSS-Abteilung SO/Austrian Desk in Bari zu SI/OSS-Austria gewechselt. Er dürfte über frühere Kontakte zur Steiermark verfügt haben.

²² Der NKWD war die Vorgängerorganisation des heutigen KGB.

wurden die Offiziere dieser Gruppe in das Lager Fischau gebracht und der Rest in das Lager Körmend in Ungarn.

2. Im allgemeinen überließen die Russen beinahe die gesamte Entnazifizierung den zivilen Stellen. Der 1. russische Aufruf in dieser Angelegenheit verlangte von allen Personen, die Polizei mit eingeschlossen, die Ablieferung der Waffen. In der ersten Juniwoche wurde es ungefähr 200 von 700 Grazer Polizisten erlaubt, Schußwaffen zu tragen. Hochrangige Nazis, die die österreichische Polizei gefangen genommen hatte, wurden dem NKWD übergeben. Einige von diesen wurden später nach Wiener Neustadt gebracht, der Rest wurde den zivilen Behörden übergeben.

3. Österreichische Stellen haben uns berichtet, sie wären von dem russischen Entnazifizierungsprogramm enttäuscht gewesen, da es den Österreichern weder Hilfe noch Hürde war. In Bruck, wo die Russen alle früheren DP-Lager in Beschlag nahmen, konnte die österreichische Polizei bis in den späten Juni hinein für die verhafteten Nazis keine passende Haftanstalt finden. In Graz bezogen die Russen das frühere Kreisleitungsgebäude. Vor ihrer Flucht haben die Nazis viele Akten und Unterlagen verbrannt, aber sie hatten längst nicht mehr Zeit, alles zu vernichten. Die Russen haben diese Dokumente nicht einmal eingesehen, obwohl viele der NKWD-Agenten Deutsch sprachen und verstanden. Als die Österreichische Volkspartei später dieses Gebäude übernahm, wurden diese Akten in stark lädiertem bis unkenntlichem Zustand im Haus verstreut aufgefunden. Die wenigen noch unversehrten Dokumente wurden dem British Field Security Service übergeben. Die im Grazer Landhaus zurückgelassenen Nazi-Akten wurden von den Russen nie eingesehen.

4. Die zivilen Polizeibehörden in der russisch besetzten Steiermark bedienten sich folgender Vorgangsweise:

a) Die Registrierung aller NSDAP-Mitglieder gemäß Verfassungsgesetz vom 8. Mai 1945, Par. 9, wurde im Mai vorgenommen.

b) Alle Schritte gegen Mitglieder der NSDAP und ihrer Organisationen wurden in Übereinstimmung mit diesem Verfassungsgesetz (Verbot der Partei) und mit dem Verfassungsgesetz vom 26. Juni über Kriegsverbrechen unternommen. Beide Gesetze wurden von der Regierung Renner erlassen.

c) Gemäß diesen Gesetzen wurden Kriegsverbrecher, „Illegale“ und Parteifunktionäre über und inklusive dem Rang „Ortsgruppenleiter“ in der NSDAP oder in anderen Organisationen vom Untersturmführer aufwärts verhaftet. Ferner wurden alle Personen, die den Blutorden, die Märzmedaille des Jahres 1938 oder andere hohe Parteiauszeichnungen erhalten hatten, die freiwilligen Mitglieder der Waffen [- und] Allgemeinen SS und alle Leute, die zu irgendeiner Zeit gegen den österreichischen Staat arbeiteten, inhaftiert.

d) Als „Illegale“ galten alle Personen, die vor dem 1. Mai 1938 der NSDAP beitraten; die ein grünes Parteimitgliedsbuch besaßen oder die eine Mitgliedsnummer unter 6.600.000 hatten.

Alle diese Personen wurden sodann in drei Gruppen unterteilt. Gruppe 1 inkludierte alle einzusperrenden Personen. Gruppe 2 umfaßte alle Personen, die nicht als Verräter klassifiziert wurden, die aber der SS, SA, dem NSKK, NSFK angehörten und Parteifunktionen ausübten. Diese Leute sollen in Zwangsarbeitslagern verwendet werden oder in Zwangslagern interniert werden. In Gruppe 3 fanden sich die Personen, die Parteimitglieder der NSDAP waren. Diese Leute werden freigelassen werden, wenn sie die Arbeit der Behörden unterstützen und Nazi-Idealen abschwören. Sie mußten ein Dokument unterschreiben, mit dem sie sich verpflichteten, nie wieder für die NSDAP zu arbeiten oder der Nazi-Ideologie anzuhängen. Diese Leute mußten jeden 2. Tag im Grazer Arbeitsamt vorsprechen, um für Aufräumarbeiten zur Verfügung zu stehen, wenn sie nicht anderwärtig im Einsatz waren.

5. Ein Grazer Polizeioffizier glaubt, daß etwa 4000 bis 5000 Nazis Graz vor dem Eintreffen der Roten Armee verlassen haben. Die meisten von ihnen werden in der amerikanischen oder britischen Zone vermutet; ein großer Teil gab Tirol als Fluchtziel an. Informant glaubte, daß nur ein kleiner Prozentsatz der in Graz verbliebenen Nazis sich nicht registrieren ließ. Es wurden die kompletten Mitgliederlisten des Gaues Steiermark gefunden, die dann zur Kontrolle der Angaben der Registrierten verwendet wurden. Informant behauptet, daß 70% der Registrierten falsche Angaben über ihre Parteitätigkeit gemacht hätten.

B. Besondere Vorkommnisse

1. Führer aller drei Parteien sagten, daß als Folge des Reinigungsprozesses kein einziger Nazi in einer offiziellen Position geblieben ist. In Übereinstimmung mit den Gesetzen der Renner-Regierung wären alle Regierungsämter mit verlässlichen Österreichern ohne NSDAP-Vergangenheit besetzt worden. Die Österreicher haben selbst die Schulen von Nazi-Elementen gereinigt. Neue Schulbücher sind zwar noch nicht in Druck erschienen, dafür aber wurden alle anstößigen Materialien und Stellen aus den Schulbüchern entfernt. Die meisten Nazi-Lehrer sind geflohen, so daß die Schulen mit nur verlässlichen Lehrern wieder geöffnet wurden.

2. Die Universität Graz hat durch die Österreichische Demokratische Studentenunion bekanntgemacht, daß alle Studenten, die „Illegale“ oder höhere Parteimitglieder waren, ihre Studien nicht fortsetzen dürften. Dieselbe Organisation hat gegen eine große Zahl von Professoren Einwände vorgebracht; bis jetzt wurden 18 von 70 Professoren ihrer Lehrfunktion enthoben. Ein großer Teil der Universitätslehrer ist noch nicht nach Graz zurückgekehrt. Nach Aussage eines Informanten der Volkspartei müssen wohl 48 von 70 Professoren ausgetauscht werden. Natürlich wird die Schwierigkeit erkannt, die sich aus dem Mangel an Universitätslehrern ergibt. Die Parteien haben die Schließung der Universität in Bruck (!) vorgeschlagen, um eine Versetzung nicht-nazistischer Lehrer nach Graz zu ermöglichen.²³

3. Es hat noch keine britische Reaktion zur Entwicklung auf dem Bildungssektor gegeben, mit Ausnahme der Anordnung, daß alle Schulen bis zu Beginn des neuen Schuljahres am 17. September geschlossen bleiben. Die Österreicher haben eine Reihe neuer Schulbücher im Druck, sie müssen aber zunächst von den britischen Behörden eingesehen und approbiert werden.

C. Britische Haltung und Vorkehrungen

1. Nach ihrer Ankunft in Graz haben die Engländer alle von der Renner-Regierung verlautbarten Gesetze außer Kraft gesetzt. Sie haben den Österreichern verboten, weitere Inhaftierungen ohne ausdrückliche Zustimmung des British Field Security Service (FSS) vorzunehmen. Der Grazer Polizeiführung wurde mitgeteilt, daß zukünftige Haftbefehle nur auf Grund der alliierten automatischen Nazi-Arrestationsliste ausgegeben werden könnten und daß in jedem Falle ein umfassendes Beweismaterial über Nazi-Aktivitäten nötig sein würde.

D. Jüngste Entwicklungen

1. Leute mit nazistischer oder nazistisch angefarbter Vergangenheit kehren nun in größerer Zahl aus Kärnten in die seit kurzem britische Zone Steiermark zurück. Unsere Informanten glauben, daß ungefähr 1000 solcher Leute seit Abzug der Russen zurückgekehrt seien. Viele Nazis haben sich den Briten angeboten, indem sie völlig falsche Karriere-Angaben machen.

2. 16 Gendarmeriebeamte sind mit der britischen Besatzungsarmee aus Kärnten gekommen; alle 16 waren vor 1938 Mitglieder der NSDAP, behauptet ein verlässlicher Informant. Letzterer habe die englischen Fragebögen zweier dieser Männer gesehen, in denen der eine angibt, nur kurz im Jahre 1935 Parteimitglied gewesen zu sein, und der andere seine NSDAP-Mitgliedschaft ableugnet. Informant hat Beweismaterial gefunden, das beide Männer als SS-Funktionäre in gehobener Parteiverwendung ausweist. Von den 16 sind bereits 5 in Graz unter Arrest gestellt worden.

3. Berichterstatter war anwesend, als bei zwei verschiedenen Gelegenheiten Nazis in ihre alten Wohnhäuser zurückkehrten. In Bruck a. d. Mur war ein solches Wohnhaus einem alten Sozialisten gegeben worden, der von der Heimwehr zum Tode verurteilt worden war. Ein ehemaliger Kreisamtsdoktor, zugleich ein alter Illegaler, kehrte in seine Wohnung zurück und behauptete, daß ihm unter britischem Besatzungsgesetz niemand etwas anhaben könne.

²³ Vermutlich ist hier die Montanistische Hochschule Leoben gemeint. Zur Situation um die Universität Graz 1945 vgl. den OSS-Bericht XL 32422 (Zustände an der Universität Graz). In: Informationen für Geschichtslehrer 6/1985, S. 22–26, und das Sammelbändchen Grenzfeste Deutscher Wissenschaft. Über Faschismus und Vergangenheitsbewältigung an der Universität Graz, Graz 1985.

4. Auch in Bruck sollen Leute, die auf Grund von Gesetzen der Renner-Regierung entlassen wurden, zurückgekehrt sein; sie behaupten nun, sie müßten wiederingestellt werden, da die Engländer die Renner-Gesetze für ungültig erklärt hätten. In mehreren Fällen haben die Engländer zuvor aus Graz geflüchtete Nazis mitgebracht, um sie wieder in ihre alten Positionen einzusetzen.

5. Eine Dolmetscherin der Militärregierung in Graz war mit den Engländern aus Klagenfurt mitgekommen. Sie hatte Graz verlassen, weil sie als fanatische Nazi-Anhängerin bekannt war.

4.

OSS-Bericht XL 14010 (Linz 153)

4. August 1945

Land: Österreich

Gegenstand: Politische Situation in der Steiermark

Quelle: Rosenthal

Informanten: Führende Funktionäre der drei großen Parteien

Informationszeitraum: 29. Juli—2. August

A. Die Parteien unter den Russen

1. Während der sowjetischen Besatzung in der Steiermark wurde von den Russen der Sozialistischen Partei, der Kommunistischen Partei und der Volkspartei volle organisatorische Freiheit gewährt. In der ersten Zeit jedoch wurde die Kommunistische Partei bevorzugt behandelt. In Bruck erhielten die beiden anderen Parteien erst drei Wochen nach den Kommunisten die Erlaubnis zur politischen Betätigung, und in Leoben mußten sie sogar fünf Wochen warten. In allen Fällen wurde die Erlaubnis zur politischen Öffentlichkeitsarbeit durch den Stadtkommandanten oder durch den Politischen Kommissar gegeben.

2. Mitglieder der Kommunistischen Partei, mit denen der Berichterstatter sprach, gaben an, daß sie ob der Tatsache, daß die Russen kommunistische Parteifunktionäre mitbrachten, beunruhigt waren. So wurde ein gewisser Dr. Leo Stern von den Russen in der Uniform eines Politischen Kommissars von Wien nach Bruck mitgenommen und übernahm dort die Führung der Partei. Zwei weitere Kommunisten, Herbert Hutter und Leopold Buxbaumer, kamen ebenso mit den Russen mit und wurden in führende Positionen in der Kommunistischen Partei eingesetzt.

3. Diese Vorgangsweise der Russen hat sich für die Kommunistische Partei in Bruck schlecht ausgewirkt; der lokale Parteisekretär und sein Stellvertreter bekannten unter Tränen, daß die Zukunft der Partei in dieser Stadt ruiniert sei. Beide Männer haben angegeben, daß die Parteimitglieder die russische Besatzungsmacht mit viel Freude empfangen und während der Besatzungszeit eine Demonstration des „wahren Kommunismus“ erwarteten. Sie wären bitter enttäuscht worden. „Die Rote Armee hat die Zukunft der Partei ruiniert“, sagte der Sekretär. „Hier in Bruck ist die Kommunistische Partei tot, und ähnlich wird es in vielen anderen Städten sein, wo die Russen aufgetreten sind. Wir erwarten keine neuen Mitglieder, sondern nur einen Rückgang der gegenwärtigen Mitgliedschaft.“ Der Informant meinte abschließend, daß „die russische Besatzung für unsere Gegner die beste Propaganda war“.

4. Bald nach der Befreiung hat die Sozialistische Partei eine Klassifikation ihrer Mitglieder eingeführt. Die „rote“ Gruppe ist aus den Personen zusammengesetzt, die 1934 Parteimitglieder waren und nie der NSDAP beitraten oder nie durch letztere angeführt waren. Parteifunktionäre können nur aus dieser Gruppe rekrutiert werden. Die zweite, „blaue“ Gruppe besteht aus Mitgliedern, die nie einer Partei angehört haben, Nazi oder Anti-Nazi. Die dritte Gruppe, deren Mitgliedschaft auf Probe gestellt ist, besteht aus früheren NSDAP-Angehörigen, deren Parteimitgliedschaft aus irgendwelchen Gründen erzwungen war. Diese Leute müssen fünf Zeugen namhaft machen, um zu beweisen, daß sie weder willige noch auch aktive Mitglieder der NSDAP waren.

Diese Mitgliederklassifizierung wird nun auch von den anderen Parteien erwogen.

5. Die Volkspartei war sehr langsam in der Aufnahme ihrer Aktivitäten und beginnt erst jetzt, Plakate und Rundschreiben zu veröffentlichen. Die Kommunisten und die Sozialisten haben mehrere öffentliche Massenversammlungen bereits während der

russischen Besatzungszeit veranstaltet. Ein solches kombiniertes Treffen wurde am 26. Mai in Bruck abgehalten. Auch in Graz gab es eine gemeinsam getragene öffentliche Veranstaltung.

B. Relative Stärke der Parteien

1. In Bruck stimmten Vertreter aller drei Parteien über die proportionale Stärke der Parteien überein: Sozialisten 60%; Volkspartei 30%; Kommunisten 10%. Es gab auch allgemeine Übereinstimmung darüber, daß die proportionale Stärke der Parteien zum Zeitpunkt des Einmarsches der Russen folgendermaßen aussah: Sozialisten 40%; Kommunisten 30%; Volkspartei 30%.

2. Über die geschätzte Stärke der Parteien in Graz war man sich weniger einig. Berichterstatter glaubt auf Grund von Beobachtungen und auch Behauptungen, daß die proportionale Verteilung etwa folgendermaßen aussieht: Sozialisten 45%; Volkspartei 35%; Kommunisten 10%; unentschieden 10%. Die Ansprüche der Kommunisten, daß sie bei der steirischen Landtagswahl 40% der Stimmen bekommen werden, oder Schätzungen der Führer in der Volkspartei, man werde 66% der Stimmen erreichen, sind ohne Zweifel übertrieben und basieren auf dem Wunsch, in der neuen, von der britischen Besatzungsmacht organisierten Landesregierung, deren Ernennung bevorsteht, sich eine größtmögliche Beteiligung zu sichern.

3. Während der russischen Besatzungszeit hatten die Parteien je drei Vertreter in der Landesregierung, die durch einen Sozialisten als Landeshauptmann angeführt wurde. Diese Regierung haben die Engländer sogleich nach Einzug in der Steiermark aufgelöst, und Landeshauptmann Reinhold Machold wurde wieder mit der Bildung einer neuen Regierung betraut. Obwohl noch keine britische Entscheidung vorliegt, erwarten sich die Sozialisten vier Regierungssitze für ihre Partei, drei für die Volkspartei und zwei für die Kommunisten. Die Führer der Volkspartei jedoch erhoffen sich zwei Drittel der Regierungssitze.

C. Wirkung des britischen Einmarsches auf die Parteien

1. Die britische Militärregierung hat bis jetzt noch keine Schritte zur Einschränkung der politischen Freiheit der Parteien unternommen. Öffentliche Demonstrationen wurden jedoch verboten, und die Anbringung bzw. Verteilung von Plakaten und Flugblättern muß von den Engländern ausdrücklich bewilligt werden.

2. Die Führer der Sozialisten und der Volkspartei drücken ihre Freude darüber aus, daß die Engländer die militärische Verwaltung der Zone übernommen haben, obwohl sie sich über die zu erwartende Einschränkung der politischen Freiheit enttäuscht geben. Die Kommunisten behaupten, daß die Nationalität der Besatzungsmacht für sie ohne Belang sei, obwohl sie meinen, daß ihnen die Russen mehr Wohlwollen entgegenbrachten, als die Briten es momentan tun.

3. Die Engländer haben einen kompletten Militärregierungsapparat mitgebracht, dessen Selbstverständnis sich deutlich von dem der russischen Politik einer nur allgemeinen Kontrolle der administrativen Tätigkeit unterscheidet. Politische Führer meinen, daß die Regierung in ihrer neuen Rolle als Befehlsempfänger der britischen Militärregierung viel von ihrem Selbstvertrauen einbüßen würde. Informanten beklagten den Zustand, daß die Menschen unter den Russen keine persönliche Sicherheit, aber weitgehende politische Freiheit hatten, unter den Engländern zwar vollkommene persönliche Sicherheit, aber wenig politische Freiheit.

D. Kontakte mit der Regierung Renner

1. Während der russischen Besatzungszeit waren die Kontakte mit der Regierung Renner in Wien durch Verkehrs- und Kommunikationsschwierigkeiten beschränkt. Alle politischen Informanten drückten Zustimmung gegenüber den Verordnungen der Regierung Renner aus und erhofften sich, daß diese Bestimmungen bald in ganz Österreich zur Anwendung kämen. Mit Ausnahme der Führer der Volkspartei gab es beträchtliche Verwirrung über die Weigerung der Briten und Amerikaner, die Wiener Zentralregierung anzuerkennen, und es gab eine starke Hoffnung, daß die Regierung Renner nach dem Abschluß der Konferenz in Potsdam formell und allgemein

anerkannt würde. Die Informanten waren enttäuscht, daß das „Verbrecher- und NSDAP-Verbotsgesetz“²⁴ von den Engländern als ungültig erklärt wurde.

2. Ein hoher Funktionär der Volkspartei meinte, daß die Renner-Regierung illegal sei und von den Engländern und Amerikanern nicht anerkannt werden sollte, zumindest bis ihr Parteienverhältnis neu geordnet und der Volkspartei eine Mehrheitsvertretung zugestanden worden wäre. Derselbe Informant meinte, daß Schuschnigg als Staatsoberhaupt bei den Bürgern durchaus populär wäre, daß er zur Zeit jedoch bei den verschiedenen Parteien inakzeptabel wäre.

3. Die sozialistischen Informanten hielten dafür, daß zwei Mitglieder der Renner-Regierung, nämlich Raab und Berner (sic!), wegen ihrer früheren Heimwehrverbindungen abzulehnen wären.²⁵

OSS-Bericht XL 14011 (Linz 158)

5.

8. August 1945

Land: Österreich

Gegenstand: Wirtschaftliche Zustände in der Steiermark unter russischer und britischer Besatzung

Informationszeitraum: 27. Juli—2. August

Quelle: Rosenthal

Informanten: Führende Persönlichkeiten der drei politischen Parteien

I. Nahrungsmittelrationierungen

1. Laut den Zahlen, die die Konsumgenossenschaft in Bruck zur Verfügung stellte, gab es in der Periode 25. Juni bis 22. Juli 1945 im Raum Bruck folgende Rationierungen:

	Kinder unter 6	Kinder 6 bis 18	Er- wachsene
Brot	4000 g	4800 g	4800 g
Fleisch (meist Pferdefleisch)	400 g	1200 g	1000 g
Fett	100 g	400 g	400 g
Kaffee-Ersatz	—	?	150 g

Auch Käse und Zucker waren theoretisch der Rationierung unterworfen, waren de facto aber nicht erhältlich.

2. Während der russischen Besatzungszeit haben die Österreicher bisweilen nicht die ganze zustehende Ration erhalten. Das war teilweise durch russische Requirierungen bedingt. Russische Kommandanten haben den Österreichern öfter die Anordnung gegeben, die Rationen zu vergrößern, es gab jedoch zuwenig Nahrungsmittel, um eine derartige Erhöhung durchzuführen.

3. Als die Engländer die westliche Steiermark okkupierten, wurde die Fleischrationierung im gleichen Ausmaß wie unter den Russen beibehalten. Die Brotrationierungen wurden auf 5600 g pro Monat für Kinder unter 6 Jahren und für Erwachsene erhöht; für Kinder zwischen 6 und 18 Jahren wurden sie auf 6000 g gesetzt. Auch Nahrungsmittel wurden rationiert: 100 g [pro Monat?] für Kleinkinder, 300 g für Kinder bis zum 18. Lebensjahr und 250 g für Erwachsene.

4. Als die Briten die Brotrationierung erhöhten, geschah dies unter beträchtlicher Propagandierung über die nach Graz importierten Getreidequantitäten.

²⁴ Gemeint sind die Verfassungsgesetze vom 8. Mai 1945 (Verbot der NSDAP) und vom 26. Juni 1945 (Kriegsverbrechergesetz).

²⁵ Hans Pernter, unter Schuschnigg zunächst Staatssekretär für Unterricht, von 1935—1938 Unterrichtsminister; Widerstandskämpfer und Mitbegründer der ÖVP, deren geschäftsführender Obmann er zwischen 17. April und 13. September 1945 war.

II. Öffentliche Verwaltung von Betrieben

1. Auf österreichische Initiative wurden 199 im Besitz von Nazis stehende oder nazistisch kontrollierte Betriebe unter öffentliche Verwaltung gestellt. In jedem Falle wurde von den Arbeitern ein Direktor durch Betriebsrat oder Gewerkschaft nominiert, der letzterer sowie der zivilen Regierung zur Rechenschaft verpflichtet ist und der den Betrieb im öffentlichen Interesse verwaltet, bis die Frage der Verstaatlichung oder Reprivatisierung geklärt ist.

2. Ein Gewerkschaftsfunktionär hat die folgende Aufstellung von Betrieben, für die öffentliche Verwalter ernannt wurden, vorgelegt:

- 66 Geschäftshäuser, Banken und Versicherungsanstalten
- 38 Baugewerbe- und Elektrobetriebe
- 4 chemische Fabriken
- 1 Papierfabrik
- 3 Transportbetriebe
- 15 Hotels und Restaurants
- 1 land- und forstwirtschaftliche Verwaltungsgesellschaft
- 19 Bäckereien und Branntweimbrennereien
- 32 verschiedene schwerindustrielle Betriebe
- 6 Textil- und Lederfabriken
- 12 Friseursalons, Rauchfangkehrereien und öffentliche Badeanstalten

3. Mit der Ankunft der Engländer stieg die Sorge von Partei- und Gewerkschaftsfunktionären um die Zukunft dieser öffentlich verwalteten Betriebe. Es hat bereits eine Reihe von Fällen gegeben, wo steirische Betriebsdirektoren, gegen die von Gewerkschaftern Einwände vorgebracht worden waren, seit Beginn der britischen Besatzung zurückgekehrt sind. In einem Fall wurde ein Direktor, den die Arbeiter als durch Nazi-Vergangenheit belastet abgelehnt haben, von den Engländern in seine alte Position wieder eingesetzt.

4. Am 27. Juli kehrten zwei frühere Direktoren der Steyr-Daimler-Puch-Werke mit der Begründung nach Graz zurück, daß sie noch immer Mitglieder des Direktoriums der Steyr-Daimler-Puch A. G. wären und durch die amerikanische Militärregierung bzw. durch die oberösterreichische Landesregierung als solche anerkannt würden. In einem Brief an die Gewerkschaftsführung in Graz hat der Grazer Werksbetriebsrat Beschwerde geführt, daß einer dieser Männer wegen seiner politischen Einstellung vor 1938 und wegen seiner darauffolgenden Freundschaft mit hochrangigen Nazis abgelehnt werden müsse; auch der andere Direktor sei ein enger Vertrauter und Berater von Göring gewesen und habe als Verbindungsmann zwischen dem früheren Werksgeneraldirektor, SS-Oberführer Dr. Meindl, und der Regierung in Berlin fungiert.

III. Die Böhler-Werke

1. Die Böhler-Werke sind mit drei Stahlanlagen in der Steiermark einer der größten Konzerne in der nun von den Briten übernommenen Zone. Der Hauptbetrieb in Kapfenberg wurde vor 1938 errichtet; er hatte auf dem Höhepunkt seiner Produktion 7758 Arbeiter, von denen noch immer 1200 eingestellt sind. Zwei weitere Betriebe, in Deuchendorf und St. Marein, wurden nach dem Anschluß erbaut und beschäftigten 7866 respektive 410 Personen.

2. Die Russen sollen 391 Maschinen des Kapfenberger Werkes demontiert haben, 122 davon aus dem Zeitraum vor 1938. In Deuchendorf wurden 1360 Maschinen abgetragen, die alle in der Kriegsproduktion standen; 68 Maschinen wurden in St. Marein demontiert.

3. Von 14 Direktoren im Kapfenberger Werk blieb nur einer, Dr. Franz Schwarzenberger, auf seinem Posten, als die russische Armee näher rückte. Schwarzenberger wurde später von den örtlichen Gewerkschaften als provisorischer öffentlicher Verwalter eingesetzt. Es wurde ihm ein sechsköpfiger Beirat mit je zwei Vertretern der Kommunisten, Sozialisten und der Volkspartei beigelegt. Zwei sozialistische Ingenieure, Hans und Franz Walch, assistieren der Direktion beim Wiederaufbau des Betriebes.

4. Schon vor einiger Zeit haben die Arbeiter der Böhler-Werke in Kapfenberg in einer öffentlichen Demonstration von der Regierung Renner die Verstaatlichung des Betriebes gefordert. Bis jetzt wurde dieser Antrag noch nicht behandelt.

IV. Gewerkschaften

1. In der Steiermark gibt es eine Einheitsgewerkschaft, die von allen politischen Parteien getragen wird. Präsident ist Fritz Matzner (ein Sozialist), und Sekretär ist Karl Aigner (ein Kommunist). Ein dreiköpfiges Beratungsorgan ist zusammengesetzt aus Dito Pölzl (Kommunist), Adolf Leskovar (Volkspartei) und Paul Wachschütz (Sozialist).

2. Hauptsitz der Landesorganisation des Gewerkschaftsbundes ist Graz. Die Steiermark ist in 15 gewerkschaftliche Bezirke unterteilt, die alle über eine Bezirksleitung verfügen. Als vorläufiger Mitgliedsbeitrag wurde ein Betrag in der Höhe von 1½% des Monatseinkommens festgelegt, allerdings als freiwillige Zahlung.

3. 16 Sektionen sind mit der Landesleitung der Gewerkschaft affiliert, die Arbeitnehmer in allen größeren Berufssparten vertritt.

4. Die Gewerkschaften wurden ohne spezifische Erlaubnis der Russen aufgebaut, die sich für diese Materie kaum interessierten. Präsident Matzner wurde einmal auch von einem Politischen Kommissar über Gewerkschaftsorganisation und Namen von Gewerkschaftsführern interviewt.

5. Die Gewerkschaften behaupten, bereits einen registrierten Mitgliederstand von 34.000 Arbeitern zu haben, obwohl die meisten Betriebe nur zu einem Bruchteil ihrer Kapazität produzieren. Im Jahr 1934 gab es 57.000 Arbeiter, die den freien steirischen Gewerkschaften, und 56.000, die den christlichen Gewerkschaften in der Steiermark angehörten.

6. Die Gewerkschaften berichten über herzliche Beziehungen zur britischen Militärregierung, die ihnen ein Grazer Hotel als neues Gewerkschaftsquartier versprochen haben soll. Die Nachricht vom Sieg der britischen Labour Party wurde von den Gewerkschaftsführern enthusiastisch gefeiert, die nun hoffen, daß das britische Verständnis für gewerkschaftliche Probleme gesichert ist. Am 30. Juli wurde eine Gratulationsresolution an die britische Labour Party beschlossen und an die britische Militärregierung mit der Bitte um Übermittlung weitergegeben.

V. Finanzielle Situation

(Informant: Angestellter der Steiermärkischen Bank in Graz)

1. Nach dem Einmarsch der Russen in Graz entnahmen diese 107.000 RM aus der Reichsbank in Graz. Der Großteil dieser Summe bestand aus deutschem Papiergeld; es gab auch einen kleineren Betrag an ausländischer Währung. Die Folge dieser russischen Aktion war eine akute Währungsknappheit in der Region. Zunächst rieten die Russen der österreichischen Regierung, mehr neues Geld zu drucken, was jedoch nicht geschah; später soll der Stadtkommandant Geld aus Wien angefordert haben. Es gibt keinen Hinweis, daß solche Geldmittel je überwiesen wurden.

2. Alle Banken waren vom 9. Mai bis 12. Juli geschlossen, zu welchem Zeitpunkt die Banken gemäß dem „Schaltergesetz“ der Regierung wieder öffneten; dieses Gesetz sah das Einfrieren eines gewissen Anteils aller Einlagen vor. Die Engländer schlossen nach ihrer Ankunft alle Banken für einige Tage, um die Konten zu überprüfen. Die meisten Banken öffneten wieder am 1. August.

3. In Erwartung einer baldigen Abwertung ist die Sparneigung gering und werden beträchtliche Beträge auf dem Schwarzmarkt ausgegeben. Russische Soldaten haben extrem hohe Preise für Güter auf dem schwarzen Markt bezahlt. Es wurde von 1400 RM für ein Kilogramm Fett gesprochen und von 4 bis 5 RM für eine Zigarette.

VI. Verschiedenes

1. Die Gewerkschaften in Bruck haben vorgeschlagen, daß leerstehende Fabriksgebäude in dieser Stadt den zum Teil durch Bombardierungen geschädigten Konzernen zur Verfügung gestellt werden sollten. Die Namen der Grazer Waggon-Fabrik, der Fa. Weitzer, der Grazer Bahnwerkstätten und ein Teil der Grazer Steyr-Daimler-Puch-Werke wurden als Möglichkeiten für eine solche Verlagerung erwähnt.

2. Unter russischer Besatzung haben sich die Österreicher für die Rückgabe allen Eigentums, das von Nazis erworben wurde, an die früheren Besitzer entschieden. Als Stichtag für einen legitimen Besitzanspruch wurde das Jahr 1934 gesetzt, so daß Menschen, deren Eigentum durch die Heimwehr konfisziert wurde, wieder zu ihrem Besitz kämen.

3. Von dem schwer bombardierten Areal des Grazer Hauptbahnhofes ist nur wenig Schutt weggeräumt worden. Eisenbahnarbeiter berichteten, daß die Russen dazu keine Waggons oder Maschinen zur Verfügung gestellt haben. Diese Leute gaben der Hoffnung Ausdruck, daß die Engländer einige Lastautos bereitstellen würden, sodaß die örtlichen Nazis für diese Aufräumarbeiten eingesetzt werden könnten.

SSU-Bericht XL 31536

6.

14. November 1945

Land: Österreich

Gegenstand: Deregistrierung von Nazis; politische Entwicklungen in der Steiermark
Informationszeitraum: Oktober, Anfang November 1945

Informant: siehe unten

Der folgende Bericht basiert auf Informationen der Frau eines Zivilbeamten des USDIC-Hauptquartiers.²⁶ Sie ist am 2. November aus Graz in die amerikanische Zone zurückgekehrt.

1. Gegen Ende Oktober 1945 ist in Graz unter Oberaufsicht der britischen Militärregierung ein Deregistrierungssystem eingeführt worden, unter dem diejenigen, die der NSDAP nach dem 13. März 1938 beigetreten sind, ohne im weiteren eine politische Funktion ausgeübt zu haben, deregistriert werden können.

2. Während der ersten Deregistrierungswoche soll die örtliche Polizei in der Schmiedgasse die Ansuchen von ungefähr 8000 Leuten geprüft haben. Nach der Deregistrierung müssen die ehemaligen Nazis eine Gebühr von 20 Mark an die Regierung zahlen und zwei Tage lang unter Aufsicht der örtlichen Behörde für die Verwaltung öffentlicher Betriebe arbeiten. Das sind die einzigen Bedingungen für eine Rehabilitation. Es ist nicht bekannt, ob deregistrierte Nazis und Parteibewerber auch das Wahlrecht zuerkannt bekommen. Die folgenden Angaben basieren auf Informationen von führenden Persönlichkeiten der drei Parteien in Graz.

3. Mit Stichtag 12. November 1945 wurde in steirischen Gemeinden die folgende Anzahl von Deregistrierungsbewerbungen eingebracht:

Graz	20.000	Deutschlandsberg	300
Bruck a. d. Mur	500	Leibnitz	300
Donawitz/Leoben	500	Feldbach	250
Fürstenfeld	400	Hartberg	250
Judenburg	400	Murau	250
Liezen	400	Mürzzuschlag	200
Voitsberg	400	Radkersburg	150
Weiz	400	Knittelfeld	100

4. Insgesamt wurden 50.000 Anträge erwartet, von denen wahrscheinlich zwischen 20.000 und 30.000 approbiert werden. (Kommentar der Informantin: Im Mai 1945 waren 197.000 Steirer Mitglied bei der NSDAP oder ihrer affilierten Organisationen. Im März 1938 sollen laut einem jüngst entdeckten Index 6751 Steirer der NSDAP angehört haben.) Vor den Wahlen sollen keine Anträge bewilligt werden, wodurch 10% der Wählerschaft ohne Wahlberechtigung bleiben.

5. Eine Verordnung der britischen Militärregierung zur Entnazifizierung sieht eine Kommission zur Überprüfung ehemaliger Nazis vor, die in administrativ-ziviler Verwaltung verwendet wurden. Die Kommission ist aus einer gleichen Anzahl von Mitgliedern aus jeder der drei Parteien zusammengesetzt und hat einen Vorsitzenden, der keiner Partei angehört. Es wurden die folgenden Gründe für das Versagen dieser Kommission vorgebracht: a) Sie kann sich nur mit kleineren Fällen beschäftigen; b) die Field Security Service (FSS) kooperiert nicht und stellt die Listen verhafteter oder freigelassener Nazis der Kommission nicht zur Verfügung; c) die ganze Entnazifizierungsmaschinerie ist zu schwerfällig, und die österreichischen Stellen wurden nicht mit genug Rechten ausgestattet.

²⁶ Documentation and Interrogation Center des amerikanischen Besatzungselementes.

7. Vor den Wahlen wurde folgende Kritik an der britischen Militärregierung geübt:

a) Sozialistische Kreise beschwerten sich, daß einige der Kandidaten der Volkspartei ehemalige Heimwehrmänner gewesen wären. Sie verwiesen auf Dienstleder, den reaktionären Landeshauptmann von 1934 bis 1938, der Kandidat für den Landtag oder den Nationalrat war. Einige Kandidaten der Sozialisten und Kommunisten seien auf Antrag Dienstleders im Jahre 1934 verhaftet worden. Weiters schließe die Kandidatenliste der Österreichischen Volkspartei Bruno Götz,²⁷ ein förderndes Mitglied der SS, ein, der im Bezirk Leibnitz an 4. Stelle gereiht wurde; desgleichen drei weitere vermutliche Parteimitglieder. Gorbach, ein weiterer Kandidat der Österreichischen Volkspartei, der ein ehemaliger Führer der Vaterländischen Front in der Steiermark war, wird als einer der militantesten Austro-Faschisten in der Steiermark angesehen.

b) Einige Mitglieder der linken Parteien behaupteten, daß die britischen Behörden sich direkt für Mitglieder der ÖVP eingesetzt hätten, indem sie sozialistische und kommunistische Bürgermeister und Bezirkshauptleute aus ihren Ämtern entfernten und durch Anhänger der ÖVP ersetzt hätten. Derartige Aktionen wurden z. B. in Voitsberg und Deutschlandsberg gesetzt. Weiters wird den Engländern vorgeworfen, sie hätten einigen sozialistischen Parteimitgliedern die Reisegenehmigung verweigert und in der Obersteiermark alle Wahlveranstaltungen nach dem 18. November verboten. In der Gegend von Mürzzuschlag durfte die Sozialistische Partei lediglich acht Wahlplakate affizieren.

November 1946 im Wankreis 21 an F. Stone gerichtet, verneinte jedoch sein Mandat.